

MONITOR

PARTEIEN

Raus aus der Polarisierungsfalle!

Klar in der Sache, fair im Ton: Wahlkampfstrategien zwischen demokratischer Polarisierung und populistischen Versuchungen

L. Constantin Wurthmann

- › Nicht alle Formen der Polarisierung sind problematisch; manche können demokratische Prozesse sogar stärken.
- › Demokratische Polarisierung bedeutet, Konflikte klar auszutragen, ohne den gemeinsamen Boden der liberalen Verfassung zu verlassen. Nur so kann Polarisierung ihre produktive Funktion entfalten, ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden.
- › Parteien sollten eigene Antworten auf Kernthemen von extremistischen und radikalen Parteien entwickeln, ohne deren *Frames* zu übernehmen.
- › *Issue Ownership*: Wer fremde Themen übernimmt, stärkt oft die Deutungshoheit der Konkurrenz. Deshalb sollten zwei bis drei eigene Kompetenzthemen den Kern jeder Kampagne bilden.
- › Demokratische Mitbewerber sollten als legitime Akteure anerkannt sein und durch klare Alternativen in der Sache, aber nicht durch Delegitimierung oder moralische Feindmarkierung adressiert werden.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
1.1 Nicht alle Polarisierung ist schlecht: Der Fall der demokratischen Polarisierung...	3
Polarisierung von Meinungen.....	3
Parteibezogene Polarisierung.....	4
Affektive Polarisierung.....	4
Gesellschaftliche Polarisierung.....	5
Ansatzpunkte der Polarisierung in Deutschland	5
Konzept der demokratischen Polarisierung in Deutschland	5
2. Strategien für den Wahlkampf: Praktische Empfehlungen.....	6
2.1 Profilierung gegen Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber	6
2.2 Umgang mit Parteien, die demokratische Mitbewerber oder Koalitionspartner sind.....	8
2.3 Der Umgang mit radikalen und extremistischen Parteien	8
2.4 Profilierung von Kandidatinnen und Kandidaten	9
3. Fazit: Handlungsfähigkeit sichern, ohne den demokratischen Kompass zu verlieren	10
4. Literaturverzeichnis	13
Impressum	14
Der Autor	14

1. Einleitung

Das deutsche Parteiensystem hat in den vergangenen Jahren nichts an Brisanz verloren – im Gegenteil. Deutschland ist zu einem Prüfstein geworden, ob und wie eine liberale Demokratie unter Druck handlungsfähig bleibt. Diese Belastung trifft nicht nur Institutionen, sondern vor allem die handelnden Personen: Politikerinnen und Politiker, die täglich Prioritäten abwägen, Zielkonflikte moderieren und in einem aufgeheizten Klima Entscheidungen verantworten müssen. Wer heute Politik macht, arbeitet unter permanenter Echtzeitbeobachtung, mit schmalen Mehrheiten in der Koalitionsarithmetik, bei anhaltendem Vertrauensverschleiß und unter Bedingungen permanenter Krisenkommunikation – und weiß zugleich, dass jede noch so unvollkommene Lösung besser ist als Stillstand. Diese Notlage verdient nicht Zynismus, sondern Verständnis.

Hinzu kommt, dass die klassischen Lagerbindungen der Bundesrepublik längst nicht mehr tragen. Weder das traditionelle Mitte-Rechts-Bündnis aus CDU/CSU und FDP noch das Mitte-Links-Lager aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke können

verlässlich Mehrheiten sichern. Bürgerlich-liberale Koalitionen gehören der Vergangenheit an – mit Ausnahme von Bayern, wo die Freien Wähler der CSU zu Mehrheiten verhelfen. Klassisch linke Bündnisse wiederum sind aufgrund der strukturellen Schwäche einzelner Parteien, der Ausdifferenzierung des Parteiensystems und der wachsenden Bedeutung neuer Akteurinnen und Akteure kaum noch realisierbar. Das Erstarken der AfD und die zusätzliche Herausforderung durch das neu gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) erschweren die Mehrheitsbildung zusätzlich. Eine Zusammenarbeit zwischen CDU und Die Linke bleibt – selbst dort, wo sie rechnerisch möglich wäre – aus historisch-kulturellen Gründen ausgeschlossen (Wurthmann 2023).

Gerade deshalb kommt es auf das Verhalten der Demokratinnen und Demokraten an – auf die Fähigkeit, Lösungen zu entwickeln, Streit regelgebunden auszutragen und Unterschiede sichtbar zu machen, ohne den demokratischen Grundkonsens zu unterminieren. Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, wie Parteien und ihre Spitzenkandidatinnen und -kandidaten in einem fragmentierten System Profil gewinnen können, ohne in populistische Fallen zu tappen; wie sie mit kleineren Mitbewerberinnen und Mitbewerbern umgehen können, sodass Koalitionsfähigkeit gewahrt und zugleich das eigene Profil geschärft wird; und wie eine klare Abgrenzung gegenüber Anti-Systemparteien gelingt, ohne die politische Mitte weiter zu erodieren. Der vorliegende Text versteht sich als pragmatische Navigationshilfe in einem komplexen politischen Umfeld. Er bietet keine Patentrezepte, wohl aber Handlungsorientierungen, die auf Erkenntnissen der empirischen Forschung beruhen und für die Praxis verdichtet werden. Ziel ist es, zentrale Einsichten aus der Analyse von Parteienwettbewerb, Wählerverhalten und Kommunikation so zusammenzuführen, dass sie für politische Akteurinnen und Akteure praktisch nutzbar werden. Der konstruktive Anspruch besteht darin, Wege aufzuzeigen, wie sich strategische Profilierung und normative Verantwortung miteinander verbinden lassen: Parteien sollen erkennbar und unterscheidbar bleiben, ohne den demokratischen Grundkonsens zu gefährden. Der Beitrag will nicht belehren, sondern Orientierung stiften – als Angebot, politische Handlungsfähigkeit unter Bedingungen zunehmender Fragmentierung und Polarisierung zu sichern.

1.1 Nicht alle Polarisierung ist schlecht: Der Fall der demokratischen Polarisierung

Polarisierung gilt im öffentlichen wie im wissenschaftlichen Diskurs meist als negativ. Sie wird oft mit gesellschaftlicher Spaltung, Radikalisierung und dem Verlust von Konsens verbunden. Der Begriff selbst ist jedoch zunächst neutral: Er beschreibt eine Verteilung, in der nicht die Mitte dominiert, sondern die Ränder stärker besetzt sind. In der Politik bedeutet dies, dass sich Positionen deutlicher gegenüberstehen, während moderatere Haltungen an Bedeutung verlieren. Aus repräsentationstheoretischer Sicht kann dies auch positive Effekte haben: Bürgerinnen und Bürger erhalten klar unterscheidbare Alternativen, und Parteien sind gezwungen, gesellschaftliche Vielfalt sichtbar zu machen und zu vertreten – auch kommunikativ. Nicht alle Formen der Polarisierung sind daher problematisch; manche können demokratische Prozesse sogar stärken. Dabei lassen sich verschiedene Formen unterscheiden (Roose 2021; Lewandowsky 2024).

Polarisierung von Meinungen

Die erste Form betrifft die Polarisierung von Meinungen. Bürgerinnen und Bürger vertreten hierbei stark voneinander abweichende Einstellungen, und Kompromisspositionen sind selten. Solche Differenzen gefährden den Zusammenhalt jedoch nicht zwingend, solange Mehrheitsentscheidungen möglich bleiben und politische Akteure und Akteurinnen kompromissfähig sind. Es zeigt sich hier eine klare Entkopplung zwischen

den Einstellungen der Bevölkerung und dem Umgang politischer Eliten mit diesen Differenzen. Dass dies gelingen kann, haben Beispiele wie politisch herbeigeführte Schulfrieden oder der Ausstieg aus der Atomenergie zum Zeitpunkt der Beschlussfassung gezeigt.

Parteibezogene Polarisierung

Die zweite Form betrifft die parteibezogene Polarisierung. Sie liegt vor, wenn sich die Anhängerschaften von Parteien inhaltlich deutlich voneinander unterscheiden. Dies ist eine logische Folge unterschiedlicher Interessenprioritäten in einer Gesellschaft und nicht per se eine Gefahr für die Demokratie. Im Gegenteil: Parteien erfüllen hier ihre klassische Funktion, indem sie gesellschaftliche Konfliktlinien bündeln und in politische Alternativen übersetzen. So lassen sich etwa in der Sozialstaatspolitik klare Unterschiede erkennen: Wählerinnen und Wähler der SPD sprechen sich eher für eine Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen aus, während Anhängerinnen und Anhänger der FDP stärker auf Eigenverantwortung und weniger staatliche Eingriffe setzen. Auf der kulturellen Dimension vertreten Wählerinnen und Wähler der Grünen deutlich progressivere Positionen zu Klima- und Migrationsfragen als jene der AfD. Parteibezogene Polarisierung kann Konflikte verschärfen, stärkt aber zugleich die Repräsentation, da Bürgerinnen und Bürger Wahlangebote finden, die ihren Überzeugungen entsprechen. Sie kann zudem in komplexen Konfliktlagen Orientierung bieten.

Affektive Polarisierung

Die dritte Form, die affektive Polarisierung, stellt dagegen eine zentrale Herausforderung moderner Demokratien dar. Hier verschiebt sich der Fokus von Inhalten zu Gefühlen gegenüber den politischen Lagern. Es geht nicht mehr nur darum, welche Position jemand vertritt, sondern darum, wer sie vertritt. Sympathie gilt der eigenen Seite, während Anhängerinnen und Anhänger der Gegenseite abgelehnt, stigmatisiert oder sogar als Bedrohung wahrgenommen werden (Wagner und Praprotnik 2024). Normativ ist dies besonders heikel, weil die demokratische Ordnung voraussetzt, dass politische Gegnerinnen und Gegner als legitime Mitstreiter betrachtet werden – jedenfalls solange sie selbst die Demokratie und ihre Grundwerte schützen. Geht diese Anerkennung verloren, gerät das Prinzip demokratischer Aushandlung ins Wanken. Hinzu treten Polarisierungsunternehmer: politische Akteure, die bewusst auf Zuspitzung und Spaltung setzen, um ihre Gefolgschaft zu mobilisieren. Sie profitieren von Feindbildern und treiben die affektive Polarisierung gezielt voran, auch auf Kosten des demokratischen Konsenses.

Affektive Polarisierung blockiert politische Verständigung selbst dort, wo inhaltliche Überschneidungen bestehen. In Deutschland gibt es etwa zwischen CSU und Grünen Berührungspunkte, etwa bei der Förderung regionaler Landwirtschaft oder bei der Unterstützung erneuerbarer Energien. Diese Gemeinsamkeiten treten jedoch in den Hintergrund, weil Spitzen der CSU in jüngerer Zeit stark gegen die Grünen mobilisierten. Grüne erscheinen so, zugespitzt formuliert, als mit den CSU-Idealen kulturell unvereinbar. In den USA ist dieses Muster noch deutlicher: Republikaner und Demokraten misstrauen einander nicht nur wegen programmatischer Differenzen, sondern aus grundsätzlicher Ablehnung. Studien zeigen, dass viele Bürgerinnen und Bürger ihre Partei vor allem deshalb wählen, um die andere Seite zu verhindern, weniger aus inhaltlicher Überzeugung (Iyengar et al. 2019). Affektive Polarisierung wirkt wie ein Teufelskreis: Je stärker die wechselseitige Abneigung, desto verhärteter das politische Klima, desto geringer die Kompromissfähigkeit und desto stärker die Erosion des Vertrauens in demokratische Institutionen.

Gesellschaftliche Polarisierung

Die vierte Form ist die gesellschaftliche Polarisierung. Wenn affektive Polarisierung in den Alltag übergeht, richtet sich Ablehnung nicht mehr nur gegen Parteien oder deren Anhängerschaften, sondern gegen Personen mit abweichenden politischen Ansichten insgesamt. Damit verlagert sich Polarisierung aus der politischen Arena in das soziale Miteinander. Die Folgen sind tiefgreifend: Gegenseitige Toleranz nimmt ab, Freundschaften und Nachbarschaften zerbrechen, und selbst in Vereinen oder am Arbeitsplatz können Spannungen zunehmen. Politische Gegensätze werden so zu sozialen Bruchlinien. Empirische Befunde aus den USA zeigen etwa, dass Republikaner und Demokraten zunehmend auch private Kontakte meiden, etwa bei Eheschließungen oder im Freundeskreis. In Europa lassen sich ähnliche Tendenzen beobachten, wenn Diskussionen über Migration oder Klimaschutz zu Konflikten in Familien oder Gemeinden führen. Gesellschaftliche Polarisierung bedroht den Zusammenhalt unmittelbar, da sie die Fähigkeit untergräbt, über Differenzen hinweg gemeinsame Lebenswelten zu gestalten. Während inhaltliche Polarisierung demokratische Vielfalt sichtbar machen kann, setzt gesellschaftliche Polarisierung genau dort an, wo Demokratie am meisten auf Konsens angewiesen ist: im alltäglichen Respekt gegenüber Andersdenkenden.

Ansatzpunkte der Polarisierung in Deutschland

Mau et al. (2023) zeigen in ihrem Buch *Triggerpunkte*, dass Polarisierung in Deutschland vor allem an kulturell-identitären Fragen wie Migration, Klima oder Gleichstellung ansetzt. Diese Themen entfalten besondere Sprengkraft, weil sie moralisch aufgeladen sind und häufig in affektive Polarisierung übergehen. Ökonomische Fragen wie die Ausgestaltung des Sozialstaats sind zwar umstritten, wirken jedoch weniger polarisierend. Auffällig ist zudem, dass viele Bürgerinnen und Bürger eine stärkere Polarisierung wahrnehmen, als empirisch nachweisbar ist – eine Wahrnehmung, die selbst Spannungen verstärken kann. Roose (2021) wiederum zeigt, dass die Polarisierung zwischen Parteianhängerschaften in den vergangenen Jahren vor allem durch die AfD zugenommen hat. In der Migrationspolitik unterscheiden sich ihre Wählerinnen und Wähler besonders stark von allen anderen, während in Sozial- und Klimapolitik eher moderate Unterschiede bestehen. Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Polarisierung ist seit 2015 stark gestiegen – stärker noch als in den 1980er-Jahren. Gleichwohl bleibt die tatsächliche gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland vergleichsweise begrenzt: Nur eine Minderheit beendet private Kontakte wegen politischer Differenzen. Eine Ausnahme bildet die Haltung gegenüber AfD-Wählerinnen und -Wählern, die von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden. Insgesamt ergibt sich ein ambivalentes Bild: Inhaltliche Polarisierung verläuft vor allem entlang kultureller Konfliktlinien, während die Gesellschaft im Alltag bislang überwiegend kompromissfähig bleibt.

Konzept der demokratischen Polarisierung in Deutschland

Wie kann mit dieser Ambivalenz umgegangen werden, in der zugleich Chancen und Kippunkte der Polarisierung sichtbar werden? Lewandowsky schlägt hierfür das Konzept der demokratischen Polarisierung vor:

„Demokratische Polarisierung bedeutet, die Kontroverse zwischen den Parteien als Disput zu verstehen, der nach bestimmten Regeln ausgetragen wird. Als demokratische Parteienlandschaft von konservativ bis links sollte der Konsens betont werden, auf derselben Seite zu stehen – nämlich der der liberalen Verfassung. Und zwar nicht nur im eigenen Auftrag, sondern auch als Aussage über die Mitbewerber. Das wäre mehr als nur ein Lippenbekenntnis. Und würde nicht beschränkend wirken, sondern dem Streit über Inhalte Raum geben. Parteien und auch Aktivisten sollten auf die Dämonisierung des jeweils anderen weitgehend verzichten – auch bei großen Meinungsunterschieden.“

Die Konservativen sollen konservativ sein. Auch gesellschaftspolitisch, also mit Blick auf Fragen von Migration, Integration, Familienpolitik oder Geschlechteridentität“ (Lewandowsky 2024, 244).

Demokratische Parteien müssen dabei zweierlei leisten: Sie sollen Unterschiede deutlich machen, damit Wählerinnen und Wähler echte Alternativen erkennen können. Zugleich gilt es, verbindende Elemente sichtbar zu halten – also das Gemeinsame innerhalb des demokratischen Rahmens. Entscheidend ist, zwischen Unterschieden und Trennendem zu unterscheiden: Unterschiede sind Ausdruck pluralistischer Demokratie und Grundlage politischer Wahlmöglichkeiten. Trennendes dagegen entsteht, wenn Gegner delegitimiert oder als Feinde betrachtet werden.

Dies lässt sich exemplarisch an der Migrations- und Sozialstaatspolitik verdeutlichen. *Good practice* bedeutet, unterschiedliche Lösungen zur Debatte zu stellen: Soll Zuwanderung stärker reguliert oder erleichtert werden? Soll der Sozialstaat ausgebaut oder stärker auf Eigenverantwortung gesetzt werden? Solche Alternativen markieren klare Unterschiede, ohne den demokratischen Grundkonsens infrage zu stellen. *Bad practice* liegt hingegen vor, wenn diese Unterschiede in moralische Frontstellungen übersetzt werden – etwa, wenn Befürworterinnen einer offenen Migrationspolitik als „vaterlandslose Verräter“ oder Gegner eines stärkeren Sozialstaats pauschal als „unsolidarisch“ diffamiert werden. Hier kippen Unterschiede ins Trennende.

Demokratische Polarisierung bedeutet daher, Konflikte klar auszutragen, ohne den gemeinsamen Boden der liberalen Verfassung zu verlassen. Nur so kann Polarisierung ihre produktive Funktion entfalten, ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden. Die derzeitigen Herausforderungen sind und bleiben zentral. Im Folgenden wird daher aufgezeigt, welche Optionen Parteien und ihre Spitzenkandidatinnen und -kandidaten haben, sich zu profilieren, ohne Populistinnen und Populisten zu folgen. Dazu gehört auch der strategische Umgang mit kleineren Parteien – sowohl als potenzielle Koalitionspartner als auch nicht-kooperative Herausforderer. Abgerundet wird dies durch einen möglichen Weg, wie Profilierung gelingen kann – ohne zu Formen unerwünschter Polarisierung beizutragen.

2. Strategien für den Wahlkampf: Praktische Empfehlungen

Wahlkampfstrategien sind vielfältig und selten ausschöpfend. Allerdings lassen sich eine Reihe von praktischen Handlungsanleitungen geben, die nicht notwendigerweise immer erfolgversprechend sind. Aber sie sind, was oftmals in Wahlkämpfen viel relevanter ist, nicht kontraproduktiv.

2.1 Profilierung gegen Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber

- Kompetenzbeweise im Kernthemenspektrum: Parteien mit ihren Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten müssen unbedingt ihre *issue ownership* als zentrale Kernthemen sichtbar halten (Magyar et al. 2023). Verfügt eine Partei etwa über hohe Kompetenzzuschreibungen in Wirtschafts- und Innenpolitik, sollte hier auch der Schwerpunkt liegen. Wichtig ist, klare Handlungsanweisungen zu formulieren, ohne zugleich Themen anderer Parteien zu bedienen. Christdemokratische Parteien werden als besonders kompetent in Bereichen der Wirtschafts- und Innenpolitik wahrgenommen, sozialdemokratische Parteien wiederum insbesondere bei sozialer Gerechtigkeit und Rentenpolitik. Liberale Parteien profilieren sich in Wirtschafts-, Bildungs- und Bürgerrechtspolitik, während grüne Parteien als kompetent in Umwelt- und Klimafragen wahrgenommen werden. Radikal linke Parteien wie

Die Linke werden als besonders kompetent im Bereich soziale Gerechtigkeit und Umverteilung wahrgenommen, Parteien der extremen Rechten wie die AfD in Migrationsfragen. Vor dem Hintergrund der Metapher spezialisierter Fachgeschäfte gilt: Antworten auf andere Bereiche zu haben ist sinnvoll, ins Schaufenster gehören sie jedoch nicht.

- Klare Vergleichsrahmen setzen: Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber sollten an dem gemessen werden, was sie konkret versprochen, aber nicht umgesetzt haben. Viel Frustration in der Bevölkerung entsteht dagegen aus abstrakter Kritik oder aus Vorwürfen, die für Bürgerinnen und Bürger nicht überprüfbar sind. Hier können Parteien und ihre Kandidatinnen und Kandidaten ansetzen, indem sie überprüfbare und nachvollziehbare Impulse geben.
- Klares Agenda-Setting: „Wir brauchen ein niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem“ – mit diesen Worten setzte Guido Westerwelle 2009 als FDP-Spitzenkandidat den Ton seiner Kampagne. Dass er daran gemessen werden würde, lag auf der Hand. Mit dieser mantraartig wiederholten Botschaft, die auch Spott hervorrief, machte er jedoch sehr klar, wohin die Reise mit der FDP gehen sollte. Die Partei bediente damit ihre Kernkompetenz und setzte das Thema immer wieder auf die Agenda. Kurz: Wenn die Erzählung der eigenen Agenda steht, muss sie fortwährend bedient werden. Themensetzung in Bereichen, die der Konkurrenz nutzen, ist dagegen wenig zielführend. Und wenn ein Thema so emotional aufgeladen ist, dass sachliche Gegenargumente kaum Gehör finden, ist Zurückhaltung ratsam und die Konzentration auf andere Schwerpunkte sinnvoller.
- Dosierte Personalisierung: Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber genießen oft einen Bonus – durch höhere Bekanntheit und den Nachweis, eine Regierung geführt zu haben. Herausforderinnen und Herausforderer sollten deshalb persönliche Attacken vermeiden und stattdessen ihre eigene Zukunftsagenda in den Vordergrund stellen. Dabei kann es sinnvoll sein, persönliche Biografien einzubeziehen, sofern sich daraus eine glaubwürdige Erzählung ableiten lässt. Wird etwa in ostdeutschen AfD-Verbänden suggeriert, Spitzenkandidatinnen oder -kandidaten hätten die Montagsdemonstrationen 1989 mitgetragen, obwohl sie nachweislich in Hessen lebten, ist ein biografischer Hinweis entlarvend. Herausforderinnen und Herausforderer müssen zudem ihre eigene Handlungsfähigkeit belegen, etwa durch Szenarien, wie sie in Krisen reagieren würden. So entsteht der Eindruck von Stabilität und Zukunftsfähigkeit zugleich – vorausgesetzt, diese Szenarien bestehen einen Stresstest.
- Politische Sprache als Hürde: Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber verwenden häufig eine eingeübte politische Sprache, geprägt von Abkürzungen wie „MdB“ oder „MdEP“ sowie von fachpolitischer Terminologie. Das wirkt auf Außenstehende oft abgehoben und schwer zugänglich. Für Herausforderinnen und Herausforderer eröffnet dies eine Chance: Wer komplexe Inhalte in klarer, verständlicher Sprache vermittelt und auf unnötige Titelverwendung verzichtet, kann Nähe herstellen und Authentizität unterstreichen. Damit entsteht ein Gegenbild zum technokratisch-professionellen Politikstil vieler Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber – und ein wichtiger Baustein glaubwürdiger Profilierung.

2.2 Umgang mit Parteien, die demokratische Mitbewerber oder Koalitionspartner sind

- Abgrenzung vs. Andockfähigkeit: Parteien sollten ihre Unterschiede zu kleineren Mitbewerbern klar herausstellen, um glaubwürdige Alternativen sichtbar zu machen und das eigene Profil zu schärfen. Gleichzeitig ist es wichtig, dabei nicht alle Brücken abzurechen: Potenzielle Koalitionsoptionen dürfen durch überzogene Abgrenzung nicht dauerhaft blockiert werden. Sinnvoll ist eine Doppelstrategie: programmatische Eigenständigkeit betonen und zugleich Gesprächsfähigkeit signalisieren. Auf diese Weise bleibt die Partei anschlussfähig, ohne ihre Position zu verwässern.
- Themenoffenheit zeigen: Herausforderinnen und Herausforderer sollten anerkennen, dass kleinere Parteien oft glaubwürdige Vertreter von Nischenthemen sind. Es empfiehlt sich, diese Themen ernst zu nehmen, aufzugreifen und in die eigene Programmatik einzubetten, ohne die eigene Linie zu verlieren. So entsteht der Eindruck, an gesellschaftlich relevanten Fragen interessiert zu sein, ohne den Eindruck einer programmatischen Vereinnahmung. Wer Anschlussfähigkeit zeigt, kann zusätzliche Wählersegmente erreichen und zugleich Koalitionsoptionen nach der Wahl erleichtern. Allerdings ist es auch hier ratsam, politische Konkurrenz tatsächlich mit eigenen Kernthemen zu konfrontieren.
- Strategisches Mitnehmen: Kleinere Parteien sollten nicht abgewertet oder diskreditiert werden, da dies deren Anhängerschaften dauerhaft entfremden kann. Besser ist es, sie so darzustellen, dass sie eine sinnvolle Ergänzung zur eigenen Kernkompetenz bilden – etwa als Partner bei Spezialthemen. Diese Rahmung signalisiert Respekt und Offenheit, ohne die eigene Führungsrolle infrage zu stellen. Zugleich lässt sich so eine Koalitionsoption kommunikativ vorbereiten, ohne schon im Wahlkampf konkrete Versprechen einzugehen. Viele Wählerinnen und Wähler sind heute allein auf Basis inhaltlicher Fragestellungen ausgesprochen mobil in der Parteiwahl. Und diese Mobilität nimmt immer weiter zu. Wer heute als Wählerin oder Wähler der politischen Konkurrenz eben nicht diffamiert wird, könnte bei nächster Gelegenheit in die Gruppe eigener Unterstützerinnen und Unterstützer wechseln.
- Koalitionssignale im Voraus: Wählerinnen und Wähler sollten frühzeitig Klarheit darüber erhalten, welche Bündnisse realistisch sind, und welche ausgeschlossen bleiben. Parteien, die hier Transparenz schaffen, reduzieren Unsicherheit und verhindern, dass die Konkurrenz Deutungshoheit über mögliche Mehrheiten beanspruchen kann. Empfohlen wird eine klare Kommunikationslinie: Koalitionspräferenzen benennen, aber nicht verhandlungsunfähig werden. Auf diese Weise entsteht Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit, ohne die notwendige Flexibilität für die Regierungsbildung einzubüßen. Allerdings sollte klar sein, dass zuvor ausgeschlossene Bündnisse auf keinen Fall anschließend zur Option erklärt werden. Andrea Ypsilanti und die Hessen-SPD haben, wenn auch fast vergessen, 2008 recht eindrücklich gezeigt, wie sehr sich dies zu einem Eigentor entwickeln kann.

2.3 Der Umgang mit radikalen und extremistischen Parteien

- *Ownership* nicht kampflos überlassen: Parteien sollten eigene Antworten auf Kernthemen von extremistischen und radikalen Parteien entwickeln, ohne deren *Frames* zu übernehmen. Migration sollte nicht als Bedrohung, sondern als Frage von Integration, Fachkräftesicherung und gesellschaftlichem Zusammenhalt diskutiert werden. Ein Beispiel: Wenn solche Parteien die bedingungslose Ausweisung

von Zugewanderten propagieren, kann die Antwort von demokratischen Parteien sein: „Wir schaffen klare Regeln für Zuwanderung, damit Arbeitsmarkt, Kommunen und Schulen planbar entlastet werden und weisen gleichzeitig Menschen zurück, die sich illegal in Deutschland aufhalten.“ So bleibt das Thema relevant, aber die Deutung liegt bei der demokratischen Mitte.

- Demokratische Polarisierung nutzen: Die Abgrenzung sollte nicht nur bei Sachfragen sichtbar werden, sondern auch auf Werteebene. Während radikale und extremistische Parteien zentrale Werte der Demokratie systematisch infrage stellen, können andere Parteien dies gezielt herausstellen: „Wir stehen für klare Regeln in der Zuwanderung – aber im Rahmen von Rechtsstaat und Verfassung. Die Partei XYZ will beides schwächen.“ Beispielhaft lässt sich das in Debatten um Asylpolitik verdeutlichen: Unterschiede bei der Regulierung von Migration sind legitim, der Angriff auf unabhängige Gerichte nicht. Es reicht allerdings nicht mehr, diese demokratische Polarisierung nur auf Sachebene zu führen. Die Parteien selbst müssen deutlich machen, was grundlegende demokratische Werte sind. Neben Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und freien sowie fairen Wahlen zeigt sich die Notwendigkeit, auch Errungenschaften wie die Fähigkeit zum Kompromiss zu verteidigen.
- Eigenes Narrativ stärken: Demokratische Parteien sollten konsequent auf Themen setzen, in denen extremistische und radikale Parteien schwach sind. Beispiel: Wenn wenig Lösungskompetenz in der Wirtschafts- oder Sozialpolitik nachgewiesen werden kann, kann hier angesetzt werden – etwa mit einem konkreten Konzept für Rentensicherheit oder Energieversorgung. Für die CDU/CSU bietet es sich vor allem an, die eigene wirtschaftliche Kompetenz in den Vordergrund zu stellen – insbesondere in Regionen, in denen die FDP strukturell schwach ist und keine wirkliche Konkurrenz darstellt.
- Mobilisierung durch Zuversicht: Extremistinnen und Extremisten sowie Populistinnen und Populisten profitieren davon, Probleme groß zu machen, ohne wirkliche Lösungen zu bieten. Dem können demokratische Parteien entgegentreten, indem sie Zuversicht und Handlungsfähigkeit betonen. Beispiel: Während Parteien der radikalen Rechten beim Thema Wohnen mit Schuldzuweisungen an Migrantinnen und Migranten operieren, sollte eine Kampagne aus dem demokratischen Lager sich keinerlei Untergangsszenarien bedienen. Zuversicht statt Misstrauen: Lösungen für Probleme anstatt einer fortlaufenden Problemdarstellung.

2.4 Profilierung von Kandidatinnen und Kandidaten

- Authentizität statt Dauerattacke: Spitzenkandidatinnen und -kandidaten sollten sich als verlässlich, glaubwürdig und lösungsorientiert präsentieren. Es reicht nicht, lediglich die Rolle des „Anti-Amtsinhabers“ oder „Anti-AfD-Kandidaten“ einzunehmen. Wählerinnen und Wähler erwarten ein eigenständiges Angebot, das zeigt, wofür man steht – nicht nur, wogegen. Authentizität entsteht durch konsistente Sprache, erkennbare Werte und eine nachvollziehbare politische Biografie.
- Inhaltliche Polarisierung zulassen: Unterschiede in zentralen Politikfeldern wie Sozialstaat oder Klimapolitik sollten klar benannt werden. Polarisierung ist erlaubt, solange sie inhaltlich bleibt und nicht in moralische Delegitimierung der Gegenseite kippt. Gerade im Wettbewerb mit Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern kann dies helfen, klare Wahlalternativen sichtbar zu machen, ohne den demokratischen Grundkonsens infrage zu stellen.

- Personale Erzählung: Eine starke Selbstverortung gelingt über positive Botschaften: „Ich stehe für...“ statt „der andere ist...“. Dieses *Positivframing* schafft Identifikationsmöglichkeiten und vermittelt Eigenständigkeit. Gerade in einer Zeit, in der viele Wählerinnen und Wähler Politik als destruktiven Schlagabtausch wahrnehmen, kann ein konstruktiver Stil einen Wettbewerbsvorteil bringen. Zudem erlaubt eine personale Erzählung, Kandidatinnen und Kandidaten über Parteigrenzen hinaus zu profilieren und als „Gesicht“ einer Zukunftsagenda zu positionieren.
- Grenze zur affektiven Polarisierung ziehen: Demokratische Gegenspieler sollten respektiert und nicht in ihrer Legitimität infrage gestellt werden. Gleichzeitig ist es entscheidend, Anti-Systemparteien klar abzugrenzen und deren demokratiegefährdendes Verhalten sichtbar zu machen. So wird deutlich, dass man bereit ist, hart in der Sache zu streiten, ohne den Respekt vor Institutionen und Mitbewerbern zu verlieren.

3. Fazit: Handlungsfähigkeit sichern, ohne den demokratischen Kompass zu verlieren

Erfolgreiche Wahlkampfstrategien in einem fragmentierten Parteiensystem entstehen aus der Verbindung von klarer Programmatik, nachweisbarer Lösungskompetenz und kommunikativer Disziplin. Die klassische Links-Rechts-Schablone trägt nur noch begrenzt; entscheidend ist die zweidimensionale Verortung entlang sozioökonomischer und soziokultureller Konfliktlinien – ergänzt um die Werteachse (liberaldemokratische Verfasstheit vs. populistische Versuchung). Wer Wahlen gewinnen will, muss diese drei Ebenen zusammendenken:

Erstens braucht es Eigenständigkeit in der Sache. *Issue Ownership* bleibt die Voraussetzung, Lösungskompetenz der Hebel. Parteien und Spitzenkandidierende sollten ihre Kernfelder konsequent bespielen, messbare Ziele formulieren und realistische Umsetzungspfade benennen. Statt Themen-Hopping gilt: priorisieren, fokussieren, wiederholen. Wer auf Feldern der Konkurrenz agiert, tut dies nur aus einer Position der Stärke und mit eigener Rahmung – nie im Sprachspiel der Gegenseite.

Zweitens ist der Umgang mit Mitbewerbern ein Balanceakt aus Abgrenzung und Anschlussfähigkeit. Klare Unterschiede zu kleineren Parteien schärfen das Profil, frühzeitige Koalitionssignale reduzieren Unsicherheit und stärken die Glaubwürdigkeit. Die kommunikative Kunst besteht darin, Ergänzungspotenziale sichtbar zu machen, ohne Abhängigkeiten zu erzeugen. So bleibt das Fenster für tragfähige Mehrheiten geöffnet, ohne den Markenkern zu verwässern.

Drittens erfordert der Wettbewerb mit radikalen und extremistischen Parteien konsequente Linie: keine Frame-Übernahme, klare Wertepolarisierung, stringentes Aufzeigen von sehr eindeutigen Differenzen, die klare Konturen weltanschaulicher Unterschiede sichtbar machen (z.B. EU-Politik, Russlandpolitik, Antisemitismus, Rechtsstaatlichkeit). Demokratische Polarisierung heißt, harte Sachkonflikte auszutragen und zugleich den normativen Grundkonsens aktiv zu verteidigen – inklusive vermeintlich „unspektakulärer“ Tugenden wie Kompromissfähigkeit, Respekt vor Institutionen und Minderheitenschutz. Das Gegennarrativ lautet: Zukunftsfähigkeit statt Zynismus, Handlungsfähigkeit statt Dauerempörung.

Viertens kommt es auf die Profilierung der Person an. Wählerinnen und Wähler honorieren Authentizität, Verlässlichkeit und eine positive Erzählung, die über die Negation

des Gegners hinausgeht. Personalisierung ist dann wirksam, wenn sie Haltung, Biografie und Kompetenz mit einer konkreten Lösungsagenda verschraubt. Rhetorische Eskalation mag kurzfristig mobilisieren, unterminiert aber die Anschlussfähigkeit in der Mitte – und damit Regierungsfähigkeit.

Fünftens kommt nicht-konservativen Parteien die zentrale Aufgabe zu, ihre eigenen Reflexe kontrollieren zu müssen. Verbale Mäßigung aller demokratischen Parteien bedeutet, konservativen oder christdemokratischen Mitbewerbern die Freiheit zu lassen, entsprechende Positionen zu vertreten – etwa in Fragen von Migration, Familie oder nationaler Identität. Wie Lewandowsky (2024) hervorhebt, ist es für das Funktionieren demokratischer Polarisierung entscheidend, dass auch konservative Stimmen im pluralistischen Spektrum artikuliert werden können, ohne sofort als illegitim gebrandmarkt zu werden. Wer jede konservative Haltung reflexhaft delegitimiert, läuft Gefahr, Unterschiede ins Trennende kippen zu lassen und so ungewollt das Narrativ der Populistinnen und Populisten zu stärken.

Sechstens zeigt allerdings auch eine Vielzahl von Studien, dass Mitte-Rechts-Parteien wie CDU und CSU eine bedeutende Rolle dabei spielen, extrem rechten Parteien Einhalt zu gebieten. Die Übernahme ihrer Narrative, sprachlichen Wendungen oder Codes hat eine keinesfalls zu unterschätzende Wirkung auf die demokratische Mitte. Sie trägt zu einer Erosion dessen bei, was gemeinhin als demokratische Norm gilt, und verschiebt die Grenzen des Sagbaren kontinuierlich weiter (Valentim et al. 2025; Valentim 2024). Fahren demokratische Parteien gegenüber solchen Kräften keinen klaren Kurs, lassen sich auf gemeinsame Abstimmungen ein oder halten weitergehende Kooperationen offen – bis hin zur möglichen Tolerierung einer Minderheitsregierung, sind die Folgen, das zeigen eine Vielzahl von Studien aus Nachbarländern Deutschlands, gravierend: Extrem rechte Parteien werden nicht geschwächt, sondern normalisiert und gestärkt, während moderate Parteien der Mitte in der Folge Stimmenverluste erleiden (Hjermitslev 2022; Krause et al. 2023; Harsgor et al. 2023; Hermes und Klüver 2025; Kollberg 2025). Bei der Adressierung gesellschaftlicher Probleme sollten christdemokratische und konservative Parteien eigene Inhalte und eine eigene Sprache präsentieren. Damit können sie die vorhandenen Unterschiede zu extrem rechten Parteien verdeutlichen.

Gerade dann, wenn Christdemokraten und Konservative eine Schlüsselrolle bei der Abwehr von Parteien dieses Spektrums übernehmen, darf diese Verantwortung nicht einseitig auf sie abgewälzt werden. Alleinige Verantwortungszuschreibungen führen auch zu keiner tragfähigen Lösung. Wirksam kann diese Aufgabe nur gelingen, wenn alle Parteien der demokratischen Mitte mit der gleichen Zielsetzung handeln und sich der gemeinsamen Verantwortung bewusst sind. Entscheidend ist dabei, dass sie die notwendige Wehrhaftigkeit der Christdemokraten nicht untergraben, sondern sie in dieser Rolle klar und sichtbar unterstützen – auch dadurch, dass immer wieder die gemeinsame Wertebasis unter Demokratinnen und Demokraten betont wird.

Querschnittlich entscheidend ist eine bürgernahe Sprache. Der Verzicht auf Jargon, Abkürzungen und Titelhuberei ist kein Stilthema, sondern Strategie: Verständlichkeit senkt die kognitive Eintrittsschwelle, stiftet Vertrauen und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Inhalte überhaupt wirken. Wer komplexe Politik in klaren Sätzen erklärt und Prioritäten transparent macht, gewinnt Interpretationshoheit.

Damit verdichtet sich ein praktikabler Kompass für den Wahlkampf:

- Fokus: Zwei bis drei Kernvorhaben mit messbaren Meilensteinen – konsequent über alle Kanäle durchdekliniert.
- Beleg: Vergangenheit als Kompetenzbeweis nutzen (Referenzen, Ländererfolge), Zukunft über belastbare Pfade sichern (Kosten, Zeitplan, Zuständigkeiten).
- Rahmung: Eigene Frames setzen (Nutzen, Fairness, Planbarkeit); keine Reaktivkampagnen auf fremden Spielfeldern.
- Koalitionsklarheit: Früh sagen, mit wem und wofür – und was ausgeschlossen bleibt.
- Demokratische Linie: Werte aktiv bekennen; klare Grenzen selbstbewusst benennen und aktiv ziehen.
- Tonlage: Sachlich, zuversichtlich, respektvoll – hart in der Sache, fair im Umgang.

Am Ende entscheidet Kohärenz: Wenn Programm, Persönlichkeit, Sprache und Bündnislogik dieselbe Richtung weisen, entsteht Glaubwürdigkeit. In einer Zeit hoher Volatilität gewinnt, wer Orientierung gibt – nicht, wer am lautesten skandalisiert. Parteien und Spitzenkandidierende, die sich an diesem Kompass ausrichten, erhöhen ihre Chancen, Mehrheiten in der Mitte zu organisieren und zugleich den demokratischen Zusammenhalt zu stärken.

4. Literaturverzeichnis

Harsgor, L., Itzkovitch-Malka, R., & Tuttnauer, O. (2023). Do coalition and formateur expectations affect vote switching?. *European Political Science Review*, 15(1), 96-115.

Hermes, A., & Klüver, H. (2025). Taming the far right? Government inclusion strengthens rather than weakens far-right parties. https://doi.org/10.31235/osf.io/3mtxs_v1.

Hjermitslev, I. B. (2022). Mainstream sell-outs? How collaboration with the radical right changes perceptions of party positions on immigration. *Government and Opposition*, 57(1), 31-55.

Iyengar, S., Lelkes, Y., Levendusky, M., Malhotra, N., & Westwood, S. J. (2019). The origins and consequences of affective polarization in the United States. *Annual review of political science*, 22(1), 129-146.

Kollberg, M., & Bantel, I. (2025). Communicating a common front: mainstream party rhetoric and affective polarisation towards the radical right. *West European Politics*, 1-31.

Krause, W., Cohen, D., & Abou-Chadi, T. (2023). Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties. *Political Science Research and Methods*, 11(1), 172-179.

Lewandowsky, M. (2024). Was Populisten wollen: Wie sie die Gesellschaft herausfordern – und wie man ihnen begegnen sollte. Das Buch für die Bundestagswahl 2025. Kiepenheuer & Witsch.

Magyar, A., Wagner, S., & Zur, R. (2023). Party strategies: Valence versus position. *The Routledge handbook of political parties*, 199-210.

Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L. (2023). Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Suhrkamp Verlag.

Roose, J. (2021). Politische Polarisierung in Deutschland: Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Valentim, V. (2024). The normalization of the radical right: A norms theory of political supply and demand. Oxford University Press.

Valentim, V., Dinas, E., & Ziblatt, D. (2025). How mainstream politicians Erode norms. *British Journal of Political Science*, 55, e105.

Wagner, M., & Praprotnik, K. (2024). Affective polarization and coalition signals. *Political Science Research and Methods*, 12(2), 336-353.

Wurthmann, L. C. (2023). Kooperation oder Abgrenzung? Einstellungen zum oppositionellen Umgang der CDU/CSU mit der Linken und der AfD. *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 54(1), 69-86.

Impressum

Der Autor

Dr. L. Constantin Wurthmann ist Politikwissenschaftler und als Research Fellow am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Wahl-, Parteien- und Einstellungsforschung.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.:

Tim B. Peters

Referent für Medien und Demokratie
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3626

tim.peters@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Gestaltung: yellow too Pasiek & Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).